

## **Wählen gehen - wozu eigentlich noch? Über den Zyklus von Regierung und Opposition**

Wie jeder Krieg, auch der Krieg gegen die breite Masse des Volkes, mit der Kriegslüge beginnt, steht am Anfang jeder Parlamentsarbeit die Wahllüge. Bündnis 90/Die Grünen präsentierten sich bei den zurückliegenden Bundestagswahlen als ökologisch, demokratisch und pazifistisch orientierte Partei. Aber sie führten Kriege, organisierten Castortransporte, gaben den Atomwirtschaft Bestandsgarantien, beseitigten demokratische Rechte, vernichteten soziale Absicherungssysteme, stießen Millionen in Armut und Verzweiflung.

Die Sozialdemokraten organisieren ihre Art der „Gerechtigkeit“, indem sie den Beutezug der alten CDU/FDP-Regierung gegen die kleinen Leute verschärfen. Schröders Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu senken, erwies sich als dreiste Lüge, ohne dass von Wahlbetrug gesprochen wird. Jeder Wahlzyklus zeigt vergleichbare Betrügereien: Versprechen werden nicht gehalten, Oppositionspolitik verkehrt sich in der Regierungsverantwortung in das Gegenteil, kritische Positionen werden im Wettlauf um die Regierungsmacht geopfert.

Alle vier Jahre, manchmal schon früher, die gleiche Prozedur: Wahlversprechen, Scheinkontroversen, endlich die Wahl, dann die Interpretation - „der Wähler hat entschieden, hat uns das Vertrauen gegeben ... wir bilden deshalb die und die Koalition“, schließlich die „bitteren Wahrheiten“, die Abzockerei der kleinen Leute zugunsten von Staat und Unternehmern.

Wahlen sind also wichtig: Erstens zur Legitimation, um dem geschundenen Wahlvolk hinterher zu sagen, ihr wolltet das ja so, was natürlich eine Lüge ist. Zweitens sind Wahlkämpfe nützlich, um gesellschaftliche Fehlentwicklung anderen Parteien zuzuschustern, mit dem Erfolg, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst als positiv erscheinen. Ohne die Fehler dieser oder jener Regierungspartei, dieses oder jenes Politikers hätte der Kapitalismus wunderbar funktioniert, so die Meinung der Öffentlichkeit.

### ***Grundkonsens der Demokraten: Bestandsgarantie für Kapitalismus, Staat, Lohnsklaverei***

Parteien verlieren rasch an Kritikfähigkeit, sobald sie ernsthaft auf eine parlamentarische Karriere hoffen. Die Nähe zur Regierung bekommt ihnen schlecht: Je weiter sie davon entfernt sind, desto geringer der

Anpassungszwang, und entsprechend größer der Spielraum, wirkliche Alternativen zu formulieren. Die Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts oder die Grünen der 70er Jahre besaßen noch ganz andere programmatische Möglichkeiten. Je stärker diese Parteien in die sehr gut bezahlte "politische Verantwortung" drängten, desto mehr "Fundamentalopposition" musste über Bord geworfen werden, bis schließlich nichts mehr davon übrig blieb. Erst dann galten sie als "regierungsfähig". Diesen Test haben Bündnis 90/Die Grünen anlässlich der von Schröder gestellten Vertrauensfrage gut bestanden. Sie sind normale Kriegspartei und können sich zugute halten, die Kriegsfähigkeit Deutschlands gegenüber den Widerständen anderer Länder durchgesetzt zu haben.

Eine Analyse bisheriger Wahlkämpfe zeigt unter den „demokratischen Parteien“ trotz aller Streitereien einen erstaunlichen Konsens, der gerade die wirklich wichtigen Fragen betrifft. Bei den Demokraten ist man sich einig über die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Gesellschaft, man will Kapitalismus, Lohnarbeit, Nationalstaat etc. in den vorfindlichen Formen bewahren und ist bestrebt, die darin enthaltene Brutalisierung der Gesellschaft mit Vokabeln eines modernen Politmarketings wegzuschwätzen. Vor einer besonders schweren Aufgabe stehen die Marketingexperten in Sachen Massenarbeitslosigkeit. Dieser ganz offensichtliche Schandfleck der Gesellschaft lässt sich nicht einfach aus dem Wahlkampf heraushalten. Um aber dort thematisiert werden zu könnten, muss zuvor die Massenarbeitslosigkeit "wahlkampftauglich" gemacht worden sein. Dies geschieht dadurch, dass ihre Ursachen aus der Wirtschaft heraus in die Politik der jeweiligen Gegenpartei verpflanzt werden, die nun statt der Wirtschaft verantwortlich gemacht werden kann. Aus dem Schandfleck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird eine durch Wahlen beeinflussbare parteipolitische Schandtät. Dies zeigt sich zum Beispiel regelmäßig in den arbeitsmarktpolitischen Lösungsvorschlägen der Parteien.

### ***Beispiel: Arbeitsmarktpolitik***

SPD und Bündnis 90/Die Grünen halten die "Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik" für etwas zu einseitig, sehen im Lohn mehr als einen bloßen Kostenfaktor der Unternehmer, sehen darin zusätzlich noch eine wichtige Nachfragegröße. Als Ergänzung empfehlen sie, die Lohnnebenkosten für die Unternehmer zu senken und eine Ökosteuer einzuführen, um dadurch die Arbeit für die Unternehmer attraktiver zu gestalten.

Zusätzlich soll den Unternehmern geholfen werden, eine Innovationsoffensive zu starten. Deutschland soll auf diese Weise flott gemacht werden für den internationalen Konkurrenzkampf. Die Arbeitsleute, die dafür ihren Rücken krumm machen, halten sich - so der charmante Hinweis - auf dem Arbeitsmarkt bereit und freuen sich, endlich wieder in Lohn und Brot zu stehen.

Die PDS vertritt grundsätzlich eine ähnliche Oppositionslinie, muss aber im Profilierungswettbewerb eigene Akzente setzen, um ihre spezielle Wahlklientel bei Laune zu halten. Daher mehr öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme keynesianischer Art unter besonderer Berücksichtigung Ostdeutschlands. Und als Trostpflaster für entgangene materielle Freuden empfehlen sie ihren Wählern regelmäßig mehr Demokratie, mit ein wenig Sozialismus.

Arbeitsmarktpolitisch Neues enthalten diese Wahlversprechen nicht: Der keynesianische Traum eines durch Fiskalpolitik krisenfrei gemachten Kapitalismus war spätestens mit der Wirtschaftsrezession Mitte der 70er Jahre ausgeträumt; die Arbeitslosigkeit nahm während dieser Zeit zu, steigende Inflationsraten d.h. wachsende Entwertung von Geldkapital schärften bei den entsprechenden Geldvermögensbesitzern das Interesse für eine "monetaristische Wende". Der Keynesianismus galt - wie heute manchmal der Neoliberalismus - als verantwortlich für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und wurde mit Schimpf und Schande aus der wirtschaftspolitischen Diskussion verjagt.

CDU/CSU/FDP offerieren weiterhin die längst ausgedienten Angebotsorientierten Rezepte, versprechen der Wirtschaft Steuergeschenke, wollen den "Sozialstaat" noch schlanker gestalten, weitere öffentliche Betriebe privatisieren, die Flächentarifverträge einschränken oder ganz beseitigen, den Kündigungsschutz weiter abbauen, sie wollen, dass die Lohnabhängigen generell auch Samstags antreten, bereiten die Sonntagsarbeit vor, fordern weitere Lohnzurückhaltung, die im Klartext Senkung bedeutet, sie fordern all dies mit dem zynischen, inzwischen längst abgenutzten Hinweis, dass billige Arbeitskräfte und höhere Profite irgendwann einmal ein flottes Geschäft ermöglichen werden mit einem entsprechenden Aufschwung am Arbeitsmarkt. Weder die parlamentarischen Oppositionsparteien noch die derzeitigen Regierungsparteien besitzen also ernst zu nehmende arbeitsmarktpolitische Lösungsvorschläge. Die vom Polit-Marketing vorgetäuschten neuen Maßnahmen erweisen sich als alte, längst ausgediente Hüte, die in abwechselnder Reihenfolge immer wieder mal getragen werden. Der Erfolg einer solchen Modenschau besteht jedes Mal nicht in einer Verminderung der Arbeitslosigkeit, sondern immer nur darin, den Wähler zu täuschen, ihm seine Stimme abzulocken, bis er sich bei einer der nächsten Wahlen verärgert über den Misserfolg der inzwischen verschlissenen Regierungspolitiker abwendet, um dann der nächsten Täuschen auf den Leim zu gehen.

### ***Über die demokratische „Kreuzigung“ des Proletariats***

Dadurch, dass die demokratischen Parteien den Grund für Arbeitslosigkeit in die Politik der jeweiligen Gegenpartei hineinschmuggeln und entsprechend den Kapitalismus als dem Prinzip nach harmonische Marktveranstaltung beschönigen, wird der Wähler unter dem gleichzeitigen Beschuss eines gewaltigen Medienspektakels regelmäßig auf eine völlig falsche Fährte gesetzt. Er sucht die Lösung seiner Probleme immer wieder in der einen oder anderen Partei, statt sich auf seine schlechten Erfahrungen zu besinnen und sich selbst um seine Interessen zu kümmern. Seine einzige demokratische Aktivität, die ihm öffentlich abverlangt wird, besteht darin, das Kreuz zu setzen, unter dem er dann weitere vier Jahre geknechtet wird.

Diese demokratische "Kreuzigung" ist keineswegs nur eine Sache der Politik, sie bildet eine politische Form, unter der die ökonomische Knechtschaft unauffällig, ruhig und jenseits des politischen Spektakels automatisch vollzogen wird.

Diese Knechtschaft zeigt sich bereits in der bloßen Existenz des Arbeitsmarktes. Die Demokraten akzeptieren den Arbeitsmarkt, auf dem die menschlichen Lebenskräfte zu einem Objekt des Schacherns herabgesunken sind, sie akzeptieren also die Existenz der Arbeitskraft als Handelsartikel, der vom Lohnarbeiter angeboten und vom Unternehmer nachgefragt wird. Für die Demokraten ist daher auch die Spaltung der Gesellschaft in Lohnarbeitern,

die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen und in Unternehmen, wo durch das Eigentum abgetrennt die sachlichen Bedingungen der Produktion monopolisiert sind, eine selbstverständliche und unantastbare Tatsache. Sie akzeptieren die Klassenverhältnisse und haben - trotz der medienwirksamen Verschleierung - nichts dagegen, dass die große Masse ihrer Wähler eigentumslose Proleten sind.

Indem die demokratischen Parteien den Arbeitsmarkt akzeptieren, erklären sie sich einverstanden mit der Reduktion des Menschen auf ein Arbeitstier, das vom Unternehmer unter seiner Herrschaft und für seine Zwecke eingespannt wird. Sie akzeptieren diese Gewalt der Vertreter des Kapitals über die Arbeit, also die real existierende Lohnsklaverei.

Während die demokratischen Parteien den zum Proleten degradierten Menschen als Wahlbürger hofieren, wird er in seiner ökonomischen Funktion zum Arbeitsvieh abgestempelt, von dem er sich - ökonomisch gesehen - in zwei Dingen unterscheidet: Anders als seine vierbeinigen Kollegen muss er sein Arbeitsvermögen verkaufen, trägt also auch das Marktrisiko, das angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht gerade gering zu veranschlagen ist. Zudem muss er seine individuelle Reproduktion selbst besorgen, z.B. seine Futtermittel in Supermärkten, bei Aldi, Butter Lindner etc. gegen seinen Lohn erwerben. Dass er dabei zwischen Äpfel und Birnen, zwischen Rockmusik, Tango, Fußball oder Tennis wählen und sich als Geldbesitzer mal als "Kunde König" aufspielen darf, macht seine bescheidene Freiheit aus, die von der öffentlichen Meinung auch entsprechend ausgeschlachtet wird.

Die Selbstorganisation der Reproduktion hat nicht nur Vorteile: Während das kapitalistisch genutzte Arbeitsvieh schon aus Eigeninteresse des Unternehmers mehr oder weniger gut versorgt werden muss, damit es seinen Wert nicht vorzeitig verliert, kann der kapitalistisch genutzte Lohnsklave rücksichtslos gebraucht werden, da sein frühzeitiger Verschleiß nicht die Kassen des Unternehmers belastet und auf dem Arbeitsmarkt genügend Ersatzexemplare auf ihren Arbeitseinsatz warten.

Der besondere Zynismus besteht dann darin, dass diese demütigende Veranstaltung als menschliche Freiheit und im Dienste der Lohnarbeiter ausgewiesen wird. Selbst eine Lohnkürzung, also eine Reduktion von Qualität oder Quantität der Futtermittel, verkauft man ihnen als eine Sache, die ganz in ihrem Interesse steht. Sei asketisch, fordern mehr oder weniger die demokratischen Wahlprogramme vom Lohnarbeiter, je weniger Lohn, und damit Lohn(neben)kosten du heute verursachst, umso begehrt wirst du als Lohnarbeiter in der Zukunft sein. Die Demokraten versprechen ihm den Erhalt der Sklaverei und verlangen für diese Unverschämtheit noch ein Notopfer.

### ***Über die Lüge vom gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit***

Die Demokraten haben also nichts gegen die Existenz des Arbeitsmarktes einzuwenden, wo sich der "Terror der Ökonomie" gegenüber den "abhängig Beschäftigten" artikuliert. Was sie zu beanstanden haben, ist nur die besondere Funktionsweise, dass nämlich zuviele Arbeitshände angeboten werden im Vergleich zur Nachfrage. Da sie die Ursachen dafür beim politischen Gegner und nicht in der Ökonomie suchen, wird der Stellenwert, den die Arbeitslosigkeit für die Wirtschaft hat, übersehen.

So bietet die Arbeitslosigkeit nicht nur bei plötzlicher Geschäftsausweitung, etwa nach einer Rezession oder im Falle neuer profitabler Anlagesphären des Kapitals (z. B. Mobilfunk) ein unverzichtbares Reservoir, das den Unternehmen gratis zur Verfügung steht, sondern das Arbeitslosenheer

diszipliniert auch die tätigen Lohnarbeiter, schüchtert sie ein, macht sie gefügig und hilft, den Arbeitslohn zu drücken.

Die Arbeitslosigkeit bildet eine Existenzbedingung kapitalistischer Produktion und ist deshalb auch in einem mehr oder weniger großen Umfang in allen Ländern anzutreffen. Ihr Pendant bilden jene, fast ebenso unglücklichen Arbeitsleute, die unter dem Druck der Arbeitslosigkeit gezwungen sind, Überarbeit zu leisten.

So gefesselt müssen die Arbeiter noch dankbar sein, überhaupt arbeiten zu dürfen; umgekehrt kann sich derjenige, der sie für seine Zwecke anwendet, als edler Spender von Arbeitsplätzen in Pose werfen. Alles, was Arbeitsplätze schafft oder dem Abbau von Arbeitsplätzen entgegenzustehen scheint, wird als Großtat öffentlich gerechtfertigt. Da wurden Millionen Arbeitsleute in der ehemaligen DDR und werden ständig weitere auch in den übrigen Bundesländern mit dem Argument abgewickelt, dass der verbleibende Rest dann sichere Arbeitsplätze erhalten würde.

Wie niederträchtig das ist: Die Arbeitsleute, die schließlich allen Reichtum und mit ihm alle Arbeitsplätze durch ihre Arbeit geschaffen haben, werden bei Bedarf gefeuert oder wieder angeheuert, ganz wie es in die Profitgier des Kapitals hineinpasst. Sie haben die Arbeitsplätze für das Kapital, nicht für sich geschaffen, darin liegt das Problem, das natürlich in keinem Wahlprogramm der Demokraten auftaucht.

### **Ursachen der Arbeitslosigkeit**

Die Massenarbeitslosigkeit bildet nicht nur eine wichtige Bedingung kapitalistischen Wirtschaftens, sie wird zudem vom Kapital selbst gemacht und ist nicht, wie manche nahe legen möchten, eine Folge von Faulenzerei, von zu vielen Ausländern, von illegalen Einwanderern, von Schwarzarbeit oder gar Folge eines gewachsenen Erwerbsbedürfnisses der Frauen, die sich doch besser um Kinder, Familie und Haushalt kümmern sollten. Das Kapital steuert nämlich beide Seiten des Arbeitsmarktes, die Nachfrage, aber auch, was gern übersehen wird, das Angebot.

Die Nachfrage nach Arbeit ist eine Begleiterscheinung des Wirtschaftswachstums, d.h. der Akkumulation des Kapitals. Das Angebot an Arbeit schafft das Kapital dadurch, dass seine Manager Innovationen durchführen lassen, den Betrieb rationalisieren, ihn umstrukturieren, Produktion und Verwaltung "schlanker" gestalten ("lean production"), dass sie Selbständige bzw. Familienbetriebe ruinieren, Kleinbetriebe Niederkonkurrieren, oder dass sie die bereits bestehende Arbeitslosigkeit als Mittel zur Steigerung der Arbeitshetze einsetzen, so dass eine gleich große Arbeitsmenge aus weniger Lohnarbeitern abgepresst werden kann. Neues Arbeitsangebot wird also durch Entlassungen oder durch Zerstörung von Existenzen immer wieder geschaffen. Das Kapital erzeugt auf diese Weise für sich eine, wie Marx es nannte, "industrielle Reservearmee".

### ***Was wäre, wenn der technische Fortschritt nicht als Mittel der Ausbeutung sondern als ein Mittel der menschlichen Entfaltung eingesetzt würde?***

Wenn die demokratischen Parteien eine Innovationsoffensive empfehlen, dann schlagen sie dem Kapital politisch das vor, was bereits Praxis ist. Es setzt die Innovation für sich als Mittel der Profitmacherei ein, erzeugt dadurch für sich neue Anlagesphären und schafft für sich das menschliche

Ausbeutungsmaterial. Kapitalistisch vollzogen führt die Innovation zu größerer Arbeitsbelastung, zur weiteren Entleerung der Arbeit, zur Einbeziehung der Nacht, bzw. der Wochenenden in die Arbeitszeit, um auf diese Weise die teuren Maschinen besser zu nutzen; sie führt zur Arbeitslosigkeit, zu Druck auf die Arbeitslöhne inmitten wachsenden Reichtums.

Natürlich kann man die Innovation unter einem ganz anderen Gesichtspunkt betrachten, als unter dem des schmutzigen Schacherinteresses.

Befreit von der Profitgier, die in der Innovation ihr Mittel findet, und befreit vom Gegensatz zwischen Kopf- und Handarbeit, wird die Innovation Ausdruck der vereinten schöpferischen Kraft der Menschen, wodurch sie ihren Reichtum und damit sich selbst entwickeln, die Bedingungen ihrer Arbeit verbessern, belastende, unangenehme Inhalte ihrer Arbeit mehr und mehr beseitigen oder die entsprechende Arbeitszeit verkürzen.

Warum sollte Arbeit unter solchen selbst geschaffenen Bedingungen nicht mit Freiheit und Glück zu einer glücklichen Lebenstätigkeit verschmelzen? Warum kann sie nicht zu einem faszinierenden "Liebesspiel" des Menschen mit sich und der Natur werden, wobei die äußere Notwendigkeit nicht als Not, Pflicht etc. dem Individuum gegenübertritt, sondern sich ganz nebenbei einstellt wie die Produktion des Menschen im Liebesspiel der Geschlechter?

### ***Der Staat - ein Instrument der Systemüberwindung?***

Die Unfähigkeit der Demokraten, die Organisation der Arbeit samt der darin eingeschlossenen Arbeitslosigkeit ernsthaft anzupacken, ist eine durch die Gesellschaftsordnung selbst gegebene Bedingung.

Getrennt von dem eigengesetzlich gesteuerten "Marktsektor" besitzt die Regierung erst gar nicht die Steuerkapazitäten für eine wirkliche "Vollbeschäftigungspolitik". Wo das Wirtschaftsleben und damit die tatsächliche Arbeitsmarkt-"Politik" beginnt, eben da hat die Macht der Regierung aufgehört. Das Privateigentum und die darin eingeschlossene Unterwerfung des Lohnarbeiters unter das "freie Unternehmertum" sind ihr heilig. Wollte die Regierung ihre Ohnmacht aufheben, so müsste sie ihre Trennung von der Wirtschaftsgesellschaft und damit das Privateigentum, worauf der moderne Staat beruht, aufheben - sie müsste Selbstmord begehen. Es versteht sich daher von selbst, dass sich eine so bestimmte Staatsregierung nicht gegen die eigene Verfassung des Privateigentums stellen kann.

Die Ökonomie besitzt ihre eigenen Zwangsgesetze, die politisch abgeschafft, nicht aber abgeschwächt oder modifiziert werden können. Es gibt keinen Kapitalismus mit menschlichem Gesicht. Indem die demokratischen Blockparteien den ordnungspolitischen Rahmen zementieren, tritt die Politik in das Laufstättchen kapitalistischer Systemzwänge. Die Wahllüge ist eine ordnungspolitische Notwendigkeit, die Wahl ein Vorspiel des Broterwerbs für Parlamentarier, Staatssekretäre, Minister u.a.m., das Wahlkampfespektakel erweist sich als Unterhaltungsindustrie, das durch permanente Meinungsumfragen wach gehalten wird, das Parteiengezänk bildet ein gigantisches Ablenkungsmanöver, wodurch der Schwarze Peter aus der Ökonomie heraus in die Politik wandert.

Unterdessen geht der Terror der Ökonomie jenseits des Wahlspektakels seinen gewöhnlichen Gang. In diesem Kreislauf der Barbarei lassen sich Opfer und Täter klar benennen: Opfer ist der Lohnarbeiter, der in der Knochenmühle steckt, ein moderne Sisyphos, der sich sein Leben lang abplagt für den Reichtum anderer, und für sich nur soviel hat, was er zum

Leben, zur Fortsetzung dieses schmerzlichen Kreislaufs braucht. Täter ist zunächst sein Anwender, der das Kapital und damit die Gier nach möglichst viel Arbeit bei möglichst geringer Bezahlung repräsentiert. Ihm gehört das produktive Leben des Opfers. Hinzu kommen die Ideologen der "freien Wirtschaft", deren Erwerbszweig darin besteht, unter Verwendung von Lohnarbeitern die öffentliche Meinung herzurichten.

Zum Täterkreis gehören schließlich die demokratischen Parteien, die im politischen Dienst der Kapitalherren stehen, um die ideologischen bzw. polizeilichen Machtmittel des Staates gegen das Volk einzusetzen. Wie lange könnte sich die Barbarei halten ohne dieses Millionenheer von Ideologen? Und wäre sie nicht schon längst abgeschafft, hätte es nicht die Polizei, das Militär, die politischen Knäste, den Spitzeldienst etc. gegeben?

***Autor: Guenther Sandleben***